

Pressebericht im Gränzbote Datum: 18.12.2013



Interview

„Nicht um jeden Schulstandort kämpfen“

Schulpräsident Rudolf Bosch will die regionale Entwicklung voranbringen – Besuch bei Mutpol

TUTTLINGEN - In mehreren Gemeinden schließen die Hauptschulen. In Fridingen und Geisingen sollen neue Gemeinschaftsschulen entstehen. Trossingen lehnt einen Schulverbund ab, Immendingen gründet einen – die Schulwelt ist im Umbruch, das ist in allen Winkeln des Landkreises angekommen. Einer, der die regionale Schulentwicklung voranbringen will, ist Rudolf Bosch, Schulpräsident im Regierungsbezirk Freiburg. Bei seinem Besuch bei Mutpol hat SZ-Redakteurin Dorothea Hecht mit ihm gesprochen.

Herr Bosch, Eltern, Schüler und Lehrer erleben derzeit, wie sich Schulen und Schulformen verändern. Können Sie absehen, wann dieser Umbruch zu Ende ist?

Nein, wir steigen ja gerade erst in die Regionale Schulentwicklungsplanung ein. Wenn man sich die demografische Entwicklung anschaut, hätte diese Schulentwicklungsplanung eigentlich schon vor Jahren beginnen müssen. Jetzt sind wir ziemlich unter Druck: Wir haben durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen schon Fakten geschaffen, aber wir wollen alles jetzt noch geordneter und auch transparenter machen. Wir wollen ja den Anspruch, den Kultusminister Andreas Stoch formuliert hat – dass wir jeden Schulabschluss für jeden Schüler in erreichbarer Nähe haben – auch umsetzen können. Der Entwicklungsprozess wird sicherlich in einer ersten intensiven Phase einige Jahre dauern.

Im Kreis Tuttlingen gibt es derzeit drei Gemeinschaftsschulen, in Tuttlingen, Wurmlingen und Aldingen. Zwei weitere sind geplant. Verträgt der Landkreis fünf Gemeinschaftsschulen?

Wir gehen davon aus, dass unterschiedliche Raumschaften unterschiedliche Konzepte brauchen. Das kann ich nicht an der Zahl von Gemeinschaftsschulen festmachen, sondern das hängt von vielen Faktoren ab. Von den Schülerzahlen, von den geographischen Gegebenheiten, aber vor allem auch von den pädagogischen Konzepten der Schulen vor Ort. Gerade läuft die Genehmigungsphase



Schulpräsident Rudolf Bosch (Mitte) im Gespräch mit dem Schulleiter der Gotthilf-Vollert-Schule, Volker Schmidt (links), und Mutpol-Gesamtleiter Dieter Meyer.

FOTO: DOROTHEA HECHT

Tranche der Gemeinschaftsschulen und dafür gibt es hohe Hürden. Es kann durchaus auch sein, dass der ein oder andere Antrag nicht genehmigt werden kann.

Das heißt, dass zum Beispiel jede Schule mindestens 40 Schüler in der Eingangsstufe haben muss? Ja, das ist eine wichtige Bedingung, weil wir nachhaltige Schulstandorte haben wollen. Wir stehen im Moment auch in der Kritik, dass wir Gemeinschaftsschulen schon genehmigt haben, bevor die regionale Schulentwicklung begonnen hat. Dass zukünftig andere Verfahren gelten als bei der Genehmigung der

ersten Gemeinschaftsschulen ist den Schulen natürlich schwer zu vermitteln.

Bedeutet das auch, dass Gemeinschaftsschulen wieder schließen müssen, wenn sie zu wenige Schüler haben?

Eventuell kann das schon bedeuten, dass die eine oder andere Gemeinschaftsschule nicht über Jahre oder Jahrzehnte bestehen bleibt, weil einfach nicht genügend Schüler da sind. Aber das kann auch jede andere Schulform treffen, wir sehen das ja gerade an den Werkrealschulen. Wenn einzelne Standorte langfristig nicht überleben können, liegt es

aber unter Umständen auch daran, dass sie nicht eingebettet sind in ein Gesamtkonzept für die Raumschaft, genau das wollen wir aber mit der regionalen Schulentwicklung erreichen.

Welche Rolle spielen Realschulen im Gesamtkonzept?

Realschulen spielen eine wichtige Rolle, aber die Entwicklung geht gerade in zwei Richtungen. Zum einen können sich Realschulen zu Gemeinschaftsschulen entwickeln, zum anderen bleiben sie als Realschulen bestehen. Wir erleben jetzt, dass sich Realschulen auf den Weg machen und entsprechende pädagogische Konzepte entwickeln. Wir erleben aber auch zum Teil massive Widerstände – sei es aus den Kollegien oder aus den Gremien, die sich weigern, über eine Entwicklung Richtung Gemeinschaftsschule nachzudenken.

Gerade hier in der Region sind die Realschulen wichtig für die Industrie, weil viele Schüler, die dort Abschluss machen, später eine Ausbildung beginnen. Da gibt es die Angst, das Niveau an einer Gemeinschaftsschule könnte

Regionale Schulentwicklung

Mit der Regionalen Schulentwicklung hat die Landesregierung beschlossen, dass alle weiterführenden Schulen mindestens 40 Fünftklässler haben und damit stabil zweizügig sein sollen, alle Gymnasien sollen 60 Schüler in der fünften Klassenstufe vorweisen. Das gilt zunächst nur für neue Schulen. Bestehende Schulen müssen nur einer Schließung befürchten, wenn sie zwei Jahre in Folge weniger als 16 Anmeldungen haben. Dennoch will das Land sicherstellen, dass alle Schulabschlüsse „in erreichbarer Nähe sind“. Dazu sollen sich Beteiligte in allen Regionen in Dialogrunden abstimmen. (dh)

niedriger sein. Können Sie die Bedenken nachvollziehen?

In gewisser Weise, ja. Es macht mich aber traurig, dass viele immer gleich denken, dass das Niveau sinken könnte, wenn eine Realschule zur Gemeinschaftsschule wird. Da wird der Aspekt völlig ausgeklammert, dass dadurch ja auch gymnasiale Standards unterrichtet werden können. Das ist ja genau die große Chance: Eine Schule hat die Möglichkeit, die Schüler auf verschiedenen Bildungsniveaus zu unterrichten. Das wird in der Wirtschaft immer mehr erkannt und ich bin überzeugt, dass auch da ein Umdenken stattfinden wird.

Können Kommunalpolitik und Wirtschaft auch Einfluss nehmen auf die Schulentwicklung?

Ja, wir wollen bei den Dialogrunden alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Die Schulträger, die Schulgemeinschaft, die Schulverwaltung und je nach Region auch die Wirtschaft – und da wird ausgehandelt werden, was sinnvoll ist in der jeweiligen Raumschaft. Wir werden davon wegkommen müssen, dass jeder Bürgermeister um seinen Schulstandort kämpft, sondern wollen das umsetzen, was im Interesse der Raumschaft sinnvoll ist.

Mutpol beeindruckt den Schulpräsidenten

Schulleiter Volker Schmidt hatte den Schulpräsidenten schon kurz nach dessen Ernennung eingeladen, am Dienstag klappte es mit einem Besuch. Rudolf Bosch zeigte sich recht beeindruckt vom breiten Portfolio von Mutpol. Die Einrichtung betreut und beschult zum Beispiel Kinder aus Inobhutnahmen ebenso wie

seelisch behinderte und autistische Kinder, hat Wohngruppen und Tagesbetreuungen in der ganzen Region. Ein Anliegen, das Schmidt und Mutpol-Gesamtleiter Dieter Meyer Bosch mit auf den Weg gaben: **Jugendhilfe und Schulentwicklung** sollten stärker verknüpft sein – bei Bosch stieß das auf offene Ohren. (dh)